Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Fernsprecher Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. — Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht M. 1.25 und auswärts an der Post abgeholt. Die wöchentlich einmal erscheinende illustrierte Kupfertiefdruck-Beilage „Kriegsbilder" wird den Beziehern gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. für den Monat beigegeben.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 40 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile M. 1.20. Anzeigen erbeten an die Geschäftsstelle bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto.

(Autorisé par la Censure.)

Postscheck-Konto Köln 41800.

Nr. 84. | Redaktion: Jos. Grunau. | Donnerstag, 13. März 1919. (Ernst.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 46. Jahrgang.

Die Nationalversammlung in Weimar.

25. Sitzung.)

* 11. März 1919.

Präsident **Fehrenbach**: Oberstleutnant v. Klüber war beauftragt gewesen, militärische Maßnahmen zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar zu treffen. Er hat diese in mustergültiger Weise besorgt. Sein Tod in Halle ist erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestialischer Weise hingemordet worden. (Bewegung.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blutigen Opfer, welche die Aufstände in Berlin unter unseren tapferen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinübergegangen, gefallen oder auch zum Teil hingemordet. (Bewegung.) An der Leichenfeierlichkeit des gemordeten Oberstleutnants v. Klüber wird die Nationalversamlung sich beteiligen. Eine Abordnung, bestehend aus dem Vizepräsidenten Haußmann, dem Schriftführer Dr. Pfeiffer und dem Abgeordneten Grafen zu Dohna, wird sich hernach nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Haußmann wird namens unserer Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen. (Die Mitglieder der Nationalversammlung haben diese Worte des Präsidenten stehend angehört.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. **Kahmann** (Mehrheitssoz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande vielfach verborgen gehalten werden, restlos zu erfassen.

Reichsernährungsminister **Schmidt**. Die Gründe dafür, daß die Abgabe der Wochenration von 5 Pfd. nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in den Transportschwierigkeiten. Eine restlose Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande läßt sich zur Zeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln in den Mieten noch am sichersten vor dem Verderben bewahrt werden. Sobald frostfreies Wetter zu erwarten ist — Anfang April — werden die Transporte in stärkstem Maße wieder aufgenommen werden.

Abg. **Gilsing** (Zentrum) beklagt sich über eine Anordnung des Bochumer Arbeiterrates, wonach bei den Neuwahlen des Arbeiterrates die nichtsozialistische Arbeiterschaft ausgeschaltet werden soll.

Geheimrat **Trendelenburg**. Aus den Richtlinien des Zentralrates für die Wahlen zum zweiten Rätekongreß geht hervor, daß Mitglieder aller politischen Parteirichtungen Wahlvorschläge einreichen können. Die Anordnung des Bochumer Arbeiterrats widerspricht diesen Bestimmungen und ist daher ordnungswidrig. Die hiernach vorgenommenen Wahlen würden für ungültig erklärt werden müssen.

Abg. **Sollmann** (Mehrheitssoz.) macht auf das Verbot des Oberstkommandierenden der Alliierten aufmerksam, im besetzten Gebiete Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen und fragt, ob die Regierung in der Lage ist, die schleunige Aufhebung des Verbotes zu erwirken.

Ein Regierungsvertreter. Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbotes unverzüglich bei den Alliierten Vorstellungen gemacht. General Nudant hat erwidert, die Besatzungsarmeen hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden noch auf ihren Posten verblieben. Auf mehrfache erneute Versuche der deutschen Regierung, die Gemeinderatswahlen im besetzten Gebiete zuzulassen, wurde immer wieder geantwortet, daß die Erfüllung dieser Forderung aussichtslos sei.

Es folgt die Interpellation Arnstadt. Wider Recht und Gesetz haben manche Einzelstaaten, wie Sachsen, Hamburg, Braunschweig, tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen oder für das neue, Ostern beginnende Schuljahr vorgesehen. Denkt die Reichsleitung zu solchen Eingriffen der einzelstaatlichen Verwaltungen in das zu Recht bestehende Schulgesetz Stellung zu nehmen?

Abg. **Mumm** (Deutschnat. Volksp.) begründet die Interpellation. Zurzeit geht eine Bittschriftenbewegung durch das ganze deutsche Volk, die sich gegen die Eingriffe in den Religionsunterricht wenden. Selbst aus den kleinsten Orten sind Hunderte und Tausende von Unterschriften dazu geleistet worden. (Rufe bei den Soz.: Das ist alles geschoben!) Die Rufe beweisen nur die Nervosität, mit der Sie diese Bewegung verfolgen.

Präsident **Fehrenbach**: Mir wird eben gesagt, es sei kein Vertreter vom Reichsministerium hier, der die Interpellation beantworten könnte. Die Regierung hätte keine Kenntnis davon gehabt, daß die Interpellation heute zur Verhandlung käme. (Hört, hört!) Es hat keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu verhandeln, wenn sie doch nicht beantwortet werden kann. (Bewegung.) Mir wird jetzt mitgeteilt, die Antwort sei formuliert und werde verlesen werden. Es hat aber doch keinen rechten Sinn, wenn hier nur eine schriftliche Antwort vorliegt und der Regierungsvertreter die Begründung und die Besprechung der Interpellation gar nicht mit anhören kann.

Abg. **Schultz**-Bromberg (Soz.): Wenn ein Verschulden der Nationalversammlung nicht vorliegt, so haben wir wohl ein Recht darauf, weiter zu verhandeln. Wenn die Regierung bisher so wenig Rücksicht auf uns genommen hat, daß nur eine formulierte Erklärung vorliegt, so können wir uns damit begnügen, wenn sie verlesen wird.

Reichskolonialminister Dr. **Bell**: Namens der Regierung möchte ich erklären, daß der Vorwurf einer Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber den Interpellanten unangebracht ist. Im Kabinett ist die Interpellation eingehend besprochen und die Antwort genau präzisiert worden. Worauf es zurückzuführen ist, daß der Minister des Innern hier nicht vertreten ist, kann ich mir nicht erklären. Wir werden dafür Sorge tragen, daß er noch erscheint.

Abg. Dr. **Kahl**: Durch die Erklärung des Ministers Bell erledigt sich die Sache. Die ganze Angelegenheit ist aber von so tiefgehender Bedeutung, daß eine Aussetzung der Verhandlung in den weitesten Volkskreisen nicht verstanden würde.

Abg. **Mumm** (Deutschnat. Volksp.): In Preußen allein hat die Bittschrift schon über anderthalb Millionen Unterschriften gefunden. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes, eines Kampfes zwischen denen, die ein christliches Volk und ein christliches Volksleben wollen, und denen, die unserem Volk die christliche Kultur nehmen wollen. Wir haben es ja erlebt, wie Herr Ebert in der ersten Rede, die er hier hielt, mit seinen Ausführungen über das Gottesgnadentum die weitesten christlichen Volkskreise auf das Tiefste verletzte. Es wäre uns lieber, wir brauchten uns in der gegenwärtigen Zeit, da der Feind in Ost und West im Lande steht, da unsere Truppen auf Vater und Mutter schießen müssen, da wir noch unter dem frischen Eindruck der Worte des Präsidenten zu Beginn der Sitzung stehen, einen solchen Kampf nicht zu führen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann haben im diesen Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war — und da waren sie fixer auf dem Plan als heute — den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des Preußischen Kultusministeriums zu stellen. Sie mußten wissen, was sie damit dem christlichen Volke antaten (Sehr richtig), als sie einen Mann an eine solche Stelle beriefen, der es fertig gebracht hat, vor versammeltem Abgeordnetenhause seine eigene Mutter zu besudeln, nur um seinem Haß gegen die christliche Kirche freien Lauf zu lassen. Nur Ebert-Scheidemann sind schuld an der unauslöschlichen kulturellen Demütigung unseres Vaterlandes, indem sie an die Spitze aller Schulen und Hochschulen einen Hoffmann stellten, der nicht die Bezeichnung Kultusminister, sondern Minister für Unkultur verdiente. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vielleicht darf ich bei der Gelegenheit noch an die Tatsache erinnern, daß seiner Zeit ein sozialdemokratischer Parteitag es abgelehnt hat, die Schrift des Herrn Hoffmann über die 10 Gebote in den Katalog der Parteibuchhandlung aufzunehmen, weil sie auf einer zu niedrigen Kulturstufe steht. Und diesen Menschen hat die Revolution mit der Pflege der Kultur beauftragt — vielleicht doch dem revolutionären Worte „Freie Bahn dem Untüchtigen!" Der Berliner, dem ja auch im tiefsten Jammer der Witz nicht ausgeht, hat behauptet, der letzte Erlaß dieses Herrn sei gewesen: Der Unterschied zwischen mir und mich ist abgeschafft. (Sehr gut und Heiterkeit, Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Redner erörterte dann die vom sächsischen Volksbeauftragten Hug in der Frage des Religionsunterrichtes, der Schulaufsicht und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche erlassene Verordnung. In gleicher Weise wie in Sachsen hat die Revolution in Hamburg die Brandfackel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschleudert, ja es ist hier noch schlimmer verfahren worden. Im Hamburg ist die Trennung von Kirche und Staat bis auf unwesentliche Reste schon durchgeführt. Es liegt also auch hier nicht der Schatten eines Grundes für die Auffassung vor, als übe die Kirche einen bedenklichen Einfluß aus. In Hamburg handelt es sich also bei diesen kirchen- und religionsfeindlichen Maßnahmen um einen Kampf nicht gegen die Kirche, sondern gegen die Religion. (Lebhafter Beifall und Zustimmung rechts!) Also auch die Trennung von Kirche und Schule bietet keine Sicherheit gegen sozialdemokratische Religionsfeindschaft. Der ASR. hat verfügt, daß der Religionsunterricht an allen Staatsschulen aufzuheben sei. Mit einem Schlage ist dadurch der Religionsunterricht für 135 000 Kinder restlos ausgeschaltet. Die Revolutionsregierung in Hamburg hat die Hamburger Bordelle erhalten und den Religionsunterricht beseitigt.

In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Verordnungen zu machen. In dieser Stadt, die sich durch ihre Leitung zeitweilig von aller Kultur abschloß, wurden die Schulkinder der Hauptstadt, 1500 an der Zahl, von den sogenannten Volkskommissaren zu einer antikonfessionellen Weihnachtsfeier in dem Braunschweiger Dom zusammengebracht, bei der es geradezu unglaublich zugegangen ist.

In Mecklenburg planen die Gewalthaber die konfessionelle Einheitsschule, d. h. den Zwang für jedes christlich gesinnte Elternpaar, ihre Kinder einer religionslosen Schule auszuliefern. Das ist die Freiheit, die Sie (nach links) meinen. Wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, vor dem ganzen Volke mit dem sächsischen Laienbund der Regierung zuzurufen: Keinen Schritt weiter auf dem Wege ungesetzlicher Verordnungen! Wir verlangen sofortige Aufhebung dieser ungesetzlichen Verordnung und fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den geistlichen Religionsunterricht. Wenn das deutsche Volk gottlos wird, können wir ihm das Grabgeläute läuten. Wir brauchen Menschen, die ihres Gottes froh sind. Die Seele der Jugend für den lebendigen Glauben zu gewinnen, ist des christlichen Lehrers herrlichste Aufgabe. Hier liegen die Kräfte, durch die wir unserer Zukunft gewiß sind. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. (Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Reichskolonialminister Dr. **Bell**: Die Reichsregierung hat den Gegenstand der Interpellation eingehend durchberaten und die Antwort in einer formulierten Erklärung festgelegt. Der Reichsminister des Innern, der in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig hier erscheinen können. Namens der Reichsregierung habe ich folgende **Erklärung** abzugeben:

> Wie den Interpellanten bekannt ist, besitzt das Reich gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Selbst wenn daher, wie in der Interpellation behauptet wird, gegen Reich und Gesetz einzelne Gliedstaaten tiefe Eingriffe in die bisherige Regelung des Religionsunterrichts vorgenommen, oder für das mit Ostern beginnende neue Schuljahr vorgesehen hätten, wäre die Regierung nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen. (Hört, hört! rechts.) Inwieweit in die Reichsverfassung Normativ-Bestimmungen über das Unterrichtswesen in den verschiedenen deutschen Ländern aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Artikel 30 und 31 des Entwurfs einer Reichsverfassung im Verfassungsausschuß zu prüfen sein.

Auf diese Erklärung muß sich die Reichsleitung bei der gegenwärtigen Rechtslage, insbesondere nach dem geltenden Verfassungsrecht beschränken.

Auf Antrag des Abg. **Schultz**-Bromberg (Dnat. Vp.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Hellmann** (Soz.): Wir begrüßen es, daß die Interpellanten sich an die Nationalversammlung gewandt haben. Damit erkennen sie an, daß die großen Fragen der Schule und der Kirche dem Reiche unterstehen. Während der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Ueberhebungssucht, ja die Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt. Damit stößt die Kirche immer weitere Volksschichten in das große Lager der Kirchengegner. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung; (Widerspruch rechts und im Zentrum.) sie unterliegt, wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen, einer ständigen Wandlung und sie wird einmal verschwinden. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Heute hat die Kirche für manche Kreise gewiß noch große Bedeutung, aber immer mehr wächst die Erkenntnis, daß vom Geiste Luthers im heutigen Christentum nichts mehr zu spüren ist. (Widerspruch rechts.) Die äußere Form ist geblieben, aber das Leben ist verblaßt. Die Kirche selbst ist schuld daran, daß so große Teile des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Widerspruch im Zentrum.) Im Kriege hat sie das Blutvergießen als von Gott gewollt verteidigt und sich mit dem nun zusammengebrochenen Staate aufs engste verquickt und mit ihm daher auch kompromittiert. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Präsident **Fehrenbach**: Das sind religiöse Debatten und theologische Vorlesungen. Wenn das zulässig sein soll, kommen wir überhaupt nicht zum Ende. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mumm hat angefangen!)

Abg. **Hellmann** (Soz.) fortfahrend: Im Felde hat uns ein evangelischer Geistlicher sogar gesagt: Wenn Christus heute leben würde, würde er im Schützengraben stehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: In welchem?) Aber wir geben ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht taktisch unklug und vielfach auch taktlos waren. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Sie waren auch kurzsichtig und undemokratisch, weil sie der Deutschen Nationalversammlung und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgriffen. Wir verlangen im Interesse der völligen Gewissensfreiheit die Beseitigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Die gesamte Hamburger Lehrerschaft, also die Lehrerschaft der zweitgrößten Stadt Deutschlands, hat sich für die Weltlichkeit der Schule ausgesprochen. Die Schöpfungslegende und die Legende von Bethlehem sollen in der Geschichte oder Literatur gelehrt werden. Aber es soll nicht immer der Zwang bestehen, daß die Kinder dies für wahr halten und daran glauben müssen.

Abg. Dr. **Mausbach** (Zentr.): Wir haben ein tiefernstes Bild von den Mißgriffen einiger Gliedstaaten erhalten. Die Vorgänge in Sachsen und Braunschweig erinnerten uns an den sogenannten Toleranzantrag von 1905, der sich gegen die engherzige Kirchenpolitik in diesen Staaten richtete. Wenn trotz der Revolution wieder solche Klagen kommen, so scheint eine unheilschwangere Luft in diesen beiden Staaten zu herrschen. Aber noch mehr Erregung haben die Erlasse des preußischen Ministers vom 27. und 29. November über die Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht und des Religionsunterrichts erzeugt. Der energische Protest der evangelischen Geistlichkeit und der katholischen Bischöfe hat den Sturz Adolf Hoffmanns herbeigeführt und die Durchführung seines Programms vereitelt.

Der Minister Hänisch hat in seiner Erklärung vom 3. Februar über die kulturpolitischen Aufgaben zwar den Ausdruck der Trennung von Staat und Kirche als irreführend preisgegeben, aber das war nur negativ. Positiv will er eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche, die nach der Stellung der Sozialdemokratie befürchten läßt, daß die Neuordnung der gewaltsamen Trennung von Staat und Kirche verzweifelt ähnlich sehen wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich teile den Standpunkt der Interpellanten in allem wesentlichen. Wenn gesagt wird, daß solche Vorkommnisse politisch ausgebeutet würden zu scharfen Angriffen, so ist festzustellen, daß die Herausforderung dazu allein von den sozialistischen Ministern ausgegangen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die tiefe Kluft zwischen meiner Weltanschauung und derjenigen des Vorredners macht eine fruchtbare Auseinandersetzung hier unmöglich. Wir wollen, daß der Religionsunterricht ein Teil des Lehrplans der Volksschule sei und daß der katholische oder evangelische Religionsunterricht unter der Führung der Kirchengemeinschaft stehe. Das Reich ist allerdings prinzipiell nicht zuständig auf dem Gebiete von Kirche und Schule. Aber auch die bisherige Reichsverfassung gestattete, daß bei Beschwerden vom Reich auf die Bundesstaaten freundnachbarlich eingewirkt wurde. Das sollte jetzt noch leichter sein, da alle Bundesstaaten aus derselben Revolution und ihre Regierungen aus derselben Partei hervorgegangen sind. Ueber das Trennende müssen wir zu den einigenden Gesichtspunkten kommen. Unsere Partei hat in ihrem neuen Programm das christliche Erziehungs- und Kulturideal an die Spitze gestellt, daneben die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Religion und die Wahrung der Rechte der Eltern und Religionsgemeinschaften auf die Erziehung der Kinder. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen und die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Reichsverfassung festgelegt werden. Trotz Wahrung des föderativen Prinzips im Reiche ist eine stärkere Betonung der Reichseinheit am Platze. Deshalb ist auch auf dem wichtigen Gebiet der Religion ein Ausbau der Grundrechte vonnöten. Der Ministerpräsident hat bei der Einführung der Verfassung das kühne Wort gesprochen: „Es ist unser aller Ehrgeiz, in dieser Verfassung das Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es keine andere der Welt hat!" Freiheit des religiösen Lebens, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit auch hinsichtlich der Bildung und Erziehung ist unsere Forderung an den neuen Volksstaat. Das Beispiel anderer demokratisch regierten Staaten zeigt, daß bei religiösen Freiheiten der Frieden der Konfessionen und die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik à la Adolf Hoffmann würde Deutschland dem völligen Untergang entgegenführen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Eine behördliche Bevormundung tut nicht gut, mag sie vom grünen oder vom roten Tische kommen. Auch ein atheistischer Beamter muß sich in die Seele eines Christen hineindenken können. (Zurufe links: Und umgekehrt!) Glaubensfreiheit ist aber nicht gleichbedeutend mit dem Worte: Religion ist Privatsache. Gewiß ist die Religion ein privates inneres Erlebnis, aber sie ist auch eine machtvolle Tatsache des öffentlichen Lebens. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Die christliche Religion ist eine soziale Macht. Die christlichen Kirchen haben bestimmte Rechte materieller Art. Diesen Rechten gebührt eine höhere gesetzliche Anerkennung als den Rechten einzelner. Die flüchtigen Gebilde moderner Religionsgemeinschaften kann man dabei nicht auf eine Stufe stellen mit den großen, alten Kirchen.

Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirchen- und Schulfrage zu größerer Vorsicht. Die so ersehnte Angliederung der schönen deutsch-österreichischen Land wird uns nur gelingen, wenn wir volle Freiheit der kirchlichen Betätigung gewährleisten. Wir dürfen auch nicht alle Brücken zum Oberhaupt der katholischen Kirche abbrechen. Nur eine freie Entfaltung der Kräfte im Dienste des gesamten Volkes und gerechte Anerkennung aller geschichtlich erwachsenen und sozial erprobten Wirklichkeiten, auch im religiösen Körperschaftswesen, kann uns über die furchtbare Krisis im inneren und äußeren Volksleben hinwegführen. (Beifall im Zentrum.)

Um 3,15 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Abg. **Weiß** (Demokr.): Wir wollen das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir sind durchaus nicht mit dem Erlaß des früheren Kultusministers Hoffmann einverstanden gewesen, daß vom 1. April 1919 ab der Kirche keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir können uns auch deutsche Universitäten ohne theologische Fakultäten kaum denken. (Sehr richtig! bei den Dem.) Wir brauchen die theologischen Fakultäten der wissenschaftlichen Bedeutung der Universitäten wegen. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichtes in der Schule hängt ab von der Auffassung über die Staatsschule. Die Religionsstunden sind oft mehr eine Plage als eine Freude. Aber wegen dieser Mängel sollte man den Religionsunterricht nicht aus der Schule herausnehmen, sondern wir alle, Pädagogen, Theologen, weltliche und staatliche Behörden, müssen daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichtes herbeizuführen. (Sehr gut! bei den Demokraten.) Bedauerlich ist, daß die Kirche auf diesem Gebiet bisher so außerordentlich zögern und zurückhaltend gewesen ist. Gewissenszwang übt auch derjenige aus, der den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt und es damit Tausenden von Eltern unmöglich macht, ihre Kinder religiös zu erziehen. Gerade der Gedanke der Einheitsschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötigt, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken.

Abg. Dr. **Kölzsch** (Deutschnatl. Volksp.): Es war heute morgen bei Beginn der Verhandlungen peinlich, daß kein Regierungsvertreter anwesend war. Auch jetzt ist die Regierungsbank vollständig verödet. (Zustimmung rechts.) Die Erklärung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Unsere Kinder sind nicht zum Experimentieren da. (Sehr richtig! rechts.) In der Schule ist schon viel zu viel experimentiert worden. Wir halten es mit Pestalozzi: Für unsere Kinder ist gerade das Beste gut genug. (Lebhafte Zustimmung rechts und links.) Was das Beste ist, darüber gehen ja die Meinungen auseinander. (Sehr gut! rechts.) Wir sind in der alten Schule keine üblen Menschen geworden. (Rufe links: Volksschule!) Ich bin auch in der Volksschule gewesen. (Rufe links: Wie lange denn?) Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule. Für die Schule und den christlichen Religionsunterricht müssen sich die besten Kräfte zur Verfügung stellen. Wir sehen hier in der Nationalversammlung, wie zerrissen wir sind. Könnte da nicht die Religion ein Boden sein, auf dem wir uns zusammenfinden können?

Abg. Dr. **Runkel** (Deutsche Volkspartei): Ich kann die Aeußerungen des Herrn Vorredners nur unterstreichen. Von dem Redner der sozialdemokratischen Partei haben wir heute so manches Schöne über die Religion gehört, aber wenn er hätte konsequent sein wollen, so hätte er zum Schlusse nicht dazu kommen dürfen, sich gegen den Religionsunterricht zu erklären. Ich habe heute eine ganz eigenartige Beobachtung gemacht. Als wir heute mittag auseinander gingen, da waren hier vielleicht noch hunderte Abgeordnete und von diesen waren nicht weniger als 27 Frauen. Es ist doch ganz bezeichnend, daß bei den Frauen sich ein so starkes religiöses Interesse zeigt, und daß selbst die Frauen von der äußersten Linken die Ausführungen der Redner der äußersten Rechten mit Ruhe und innerer Anteilnahme angehört haben. Auf der ganzen Erde ist den Menschen die religiöse Anlage angeboren. Darum ist es Pflicht und Schuldigkeit des Staates und nicht irgend einer Gemeinschaft, diese köstliche Seelenkraft des Menschen zur völligen Entwickelung zu bringen. Ich selbst habe als Lehrer 35 Jahre lang Religionsunterricht erteilt und ich glaube, ich kann im Namen von 80 Prozent aller Lehrer Deutschlands sprechen, wenn ich sage: Ich würde nicht mehr Lehrer sein wollen, wenn man mir den Religionsunterricht nehmen wollte. Man will einen Moralunterricht und einen religionskundlichen Unterricht an die Stelle setzen. Wer soll da die Normen bestimmen? Ein Moralunterricht, der nicht das Christentum zur Grundlage hat, kann kein Religionsunterricht sein.

Ministerpräsident **Scheidemann**: Es ist mehrfach die Vermutung ausgesprochen worden, die Regierung nehme nicht das nötige Interesse an diesen Verhandlungen. Das ist ein Irrtum. Wenn heute vormittag bei der Eröffnung der Debatte bezüglich der Regierung nicht alles so geklappt hat, wie es hätte sein sollen, so kam das deshalb, weil die Regierung alle ihre Einrichtungen darauf getroffen hatte, die Sozialisierungsdebatte fortzusetzen. Das war eine Frage, die uns — das sage ich bei allem Interesse, das ich auch für diese Kulturfrage habe — jetzt für dringlicher erschien. (Sehr richtig! links.) Wenn nun gestern abend beschlossen worden ist, heute morgen diese Debatte zu beginnen, so war es absolut ausgeschlossen, die in Betracht kommenden Herren, die mit unserem Einverständnis nach Berlin gegangen waren, um dort sehr wichtige Geschäfte zu erledigen, bis heute vormittag an Ort und Stelle zu haben. Daraufhin hat an meiner Stelle — ich war gerne bereit, für Herrn Minister Preuß einzutreten und nur im Moment abgehalten, — Herr Minister Bell die Freundlichkeit gehabt, den Beschluß, den wir im Ministerium gefaßt haben, vorzutragen. Daraus werden Sie ersehen, daß wir nicht im geringsten daran gedacht haben, etwa Obstruktion zu machen.

Abg. Frau **Zietz** (U. S.): Die Revolution hat kraft eigenen Rechts in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule durchgesetzt. In Preußen hat freilich der Kultusminister Haenisch Angst vor seiner eigenen Courage bekommen und die ersten Erlasse dieser Art zurückgezogen. (Hört, hört! bei den U. S.) Der Religionsunterricht ist in der Volksschule dazu mißbraucht worden, die Kinder zur Demut, Knechtseligkeit und Untertänigkeit zu erziehen. (Sehr richtig! bei den U. S. Widerspruch rechts und im Zentrum.) Alle Religionen sind etwas Geschichtlichgewordenes und gehen mit der Entwickelung der Geschichte unter. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus gegenüber. Wir denken nicht daran, einen Gewissenszwang auszuüben. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen. Für uns ist nur maßgebend, daß die obligatorische weltliche Schule von allen Kindern ohne Ausnahme besucht wird. Was außerhalb dieser Schule geschieht, ist Privatsache der einzelnen Eltern und ich meine: Just die, die ein tiefes religiöses Empfinden haben, denen die Religion innerste Herzens- und Ueberzeugungssache ist, sollten mit dieser Regelung der religiösen Angelegenheiten sehr zufrieden sein. Denn nur so kann die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der religiösen Gemeinschaft und der religiösen Ueberzeugung gewährleistet werden. Meine Partei hat in der vergangenen Woche ihre Forderungen auf diesem Gebiet in ihrem Aktionsprogramm festgelegt und aufs neue unterstrichen. Diese Forderungen sind: Trennung von Kirche und Staat, Weltlichkeit der Schule, Einheitsschule und Einheitsschule muß eine Arbeitsschule sein, in der durch den Arbeitsunterricht das soziale Gefühl gestärkt und gefestigt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen, daß diese Forderungen als Postulate in die Verfassung der deutschen Republik aufgenommen werden im Interesse des kulturellen Fortschritts. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Damit schließt die Besprechung.

Schluß 5,30 Uhr.

Massenmord und Wahnsinn in Berlin.

Der Oberbefehl.

* **Berlin**, 11. März. Der Oberbefehlshaber Noske hat in einem Befehl das Oberkommando über die Truppen in Groß-Berlin, soweit ihre taktische Verwendung in Frage kommt, dem General der Infanterie v. Lüttwitz übertragen. Es ist dadurch ein de facto bestehender Zustand auch formell geregelt worden.

Um Lichtenberg.

* **Berlin**, 11. März. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichswehrminister das Ersuchen, die Aktion der Regierungstruppen gegen Lichtenberg einzustellen. Zu den angebotenen Bedingungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartakisten eintreten sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierung gekommenen und auch sonst an dem Kampf beteiligt gewesenen Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat der Stadt und der Bürgerschaft größte Schonung zugesichert. Eine Einstellung der vor ihrer Beendigung stehenden Operationen kann jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen, vielmehr muß endgültig auch dieser Stützpunkt der Spartakisten gereinigt werden, damit dauernd die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen kann.

* **Berlin**, 12. März. Die Spartakiden werden von den inzwischen verstärkten Truppen in Lichtenberg weiter nach Osten zurückgedrängt. Dabei kam es gestern noch zu heftigen Kämpfen. Durch Artillerie wurden die Barikaden der Kommunisten zusammengeschossen. Die Aufständischen zogen sich in eine Fabrik zurück, die sie mit Maschinengewehren und Revolverkanonen bestückten. Am Baltenplatz haben die Spartakiden eine feste Barikade errichtet. Mit schweren Minenwerfern unterhalten sie ein unablässiges Feuer auf die Anmarschstraßen der Regierungstruppen, während diese dauernd den Bahnhof Frankfurter Allee unter Feuer halten. In die Straßen schlagen fortwährend schwere Minen ein und richten erhebliche Zerstörungen an. Die Bewohner dieser Stadtteile halten sich bereits seit mehreren Tagen in den Kellern auf.

Einmarsch der Truppen in Lichtenberg.

* **Berlin**, 12. März. Heute morgen um 9 Uhr hat das Vorrücken der Regierungstruppen gegen Lichtenberg begonnen. Eine Abteilung des Freikorps Hülsen hatte gestern den Auftrag, die Warschauer Brücke, die die Spartakiden sprengen wollten, zu besetzen und zu sichern. Das ist gestern nach Kampf durchgeführt worden. Heute morgen wurde auch der Brückenkopf an der Warschauer Brücke genommen. Die Truppen der Abteilung Grothe kamen um 9 Uhr mit den Lichtenberger Spartakiden in Kampf. Die Hauptzwangsstraße nach Lichtenberg ist die Warschauer Straße, die über die Oberbaumbrücke und die Warschauer Brücke bis nach der Frankfurter Allee geht. Die Sicherung dieser Straße gehört zu den Hauptbedingungen, um das Gelingen der Unternehmung überhaupt möglich zu machen. Die Spartakiden haben dort Maschinengewehrnester eingebaut und bestreichen die Warschauer Straße mit ihrem Feuer. Bei diesen Kämpfen verlor die Abteilung Reiß zwei Tote und 12 Verwundete. Auch die Spartakiden erlitten schwere Verluste, es wurden unter ihnen 12 Schwerverwundete gezählt. Die Kampfesweise der Spartakiden wird von allen Soldaten als ungeheuerlich bezeichnet. Sie haben weiße Armbinden angelegt wie die Regierungstruppen. Die Maschinengewehre stellen sie auf die Straßen immer vor Haufen von Weibern und Kindern, und wenn sie geschossen haben, verschwinden sie, so daß die Weiber und Kinder übrigbleiben. Nach der B. Z. am Mittag haben gestern einzelne Mitglieder der mehrheitssozialistischen Fraktion der Nationalversammlung die hauptsächlichsten Orte der Straßenkämpfe im Osten Berlins besucht, um sich ein Bild von der Kampfesweise der Spartakiden zu machen. Heute morgen gegen 5 Uhr hatten die Regierungstruppen die Frankfurter Allee erreicht. Damit ist ein Ring geschlossen, der die Gegend um den Schlesischen Bahnhof bis zur Warschauer Straße umfaßt. Es ist damit das Kesseltreiben gegen die dort befindlichen Spartakiden begonnen worden.

Trommelfeuer auf die Spartakidenstellung.

* **Berlin**, 12. März. Gestern abend begann die Artillerie der Regierungstruppen schwerstes Trommelfeuer auf die Stellungen der Spartakiden zu legen. Die Regierungstruppen sind entschlossen, möglichst heute noch die vollständige Besetzung Lichtenbergs durchzusetzen. Das Artilleriefeuer ist so stark, daß die Leute in der dortigen Gegend nicht aus den Kellern herauskommen können. Eine Granate in der Petersburger (Ecke Zorndorfer) Straße hat angeblich 12 Personen getötet. Heute ist der Ringbahnhof Frankfurter Allee von den Regierungstruppen besetzt worden. Die Eisenbahndirektion Berlin rechnet damit, den Stadtbahnverkehr über Lichtenberg im Laufe des heutigen Tages wieder aufzunehmen und den Betrieb der Ostbahn nach Küstrin wieder einzurichten. Dies ist besonders für die Lebensmittelversorgung Berlins sehr wichtig. Damit dürften sich auch die Aussichten für die Kohlenversorgung Berlins wieder gebessert haben.

Spartakiden-Beute.

* **Berlin**, 11. März. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinehauses erbeutet: 2 Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, viele Decken und sonstiges unterschlagenes Militärgut.

Vom kommenden Frieden.

Die bevorstehenden Friedens-Verhandlungen.

* **Haag**, 11. März. Voraussichtlich werden die Ereignisse in Paris sich jetzt wie folgt entwickeln: Die in den Hauptzügen amtlich bekanntgewordenen militärischen Bedingungen, die von dem Rat der Zehn genehmigt worden sind, werden zusammen mit den maritimen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen zu einem Aktenstück zusammengefaßt werden, das aber nicht abgeschlossen werden wird, ehe Wilson davon am Donnerstag Kenntnis genommen hat. Sobald er etwa notwendig werdende Aenderungen genehmigt hat, wird der Wortlaut endgültig festgestellt, was etwa am 20. März geschehen sein dürfte. Voraussichtlich werden aber diese letzten Aenderungen nicht im Rate der Zehn, sondern von einem Ausschuß, bestehend aus Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando allein vorgenommen, da die Zeit drängt, und es sonst wieder zu langen Erörterungen kommen könnte. Am 19. oder 20. März wird eine Vollsitzung zur förmlichen Genehmigung der Bedingungen abgehalten, und darauf werden sofort die deutschen Abgesandten nach Paris eingeladen. Es ist nicht vorgesehen, daß sie zu einer Vollsitzung zugelassen werden. Sie sollen vielmehr von Wilson, Lloyd George und Clemenceau persönlich in Versailles von den Bedingungen in Kenntnis gesetzt werden. Für den Fall, daß ihre Vollmachten nicht ausreichen, wird ihnen eine bestimmte Frist zur Besprechung mit der Weimarer Regierung gegeben. Im Falle der Genehmigung werden die Bedingungen dann in einer neuen Vollsitzung feierlich unterschrieben werden.

Sollte Deutschland Einwände machen oder die Bedingungen ablehnen, dann wird der Verband alle Machtmittel anwenden, um Deutschland zur Unterzeichnung zu zwingen. Eine Besetzung des Landes ist nicht vorgesehen, wohl aber eine Verlängerung der Besetzung der Brückenköpfe am Rhein und die sofortige Wiedereinführung der Blockade, verbunden mit Einstellung der Lebensmittellieferungen. Man nimmt an, daß dies nicht nötig sein werde, da die Bedingungen sich angeblich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die Deutschland einem besiegten Feind auferlegt hätte. Die Haupteinwände könnten sich gegen die Beschränkung der Wehrmacht richten. Tatsächlich ist die Wehrmacht so gering, daß sogar in der Kommission selbst die Frage gestellt wurde, ob dieses kleine Heer für Polizeizwecke und für Aufrechterhaltung der innern Ordnung genügen werde. Nach den bekanntgewordenen Plänen wird Deutschland ein kleineres Heer als Holland, die Schweiz und Dänemark haben. Diese Einwände werden aber mit dem Hinweis auf das Bestehen des Völkerbundes beseitigt werden. Voraussichtlich wird die Verfassung des Völkerbundes nicht in die Friedensbedingungen aufgenommen. Diese Angelegenheit sowie einige andere Einzelfragen will man später in Ruhe erledigen. Jedenfalls bleibt aber die Verfassung, wie sie jetzt festgestellt ist, in ihren Hauptpunkten bestehen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

* **Amsterdam**, 11. März. Dem Algemeen Handelsblad zufolge meldet Daily Telegraph aus Paris, daß die an die Deutschen gelieferten Lebensmittel 1. mit Frachtdampfern, deren Wert den Deutschen gutgeschrieben wird, 2. mit Wechseln auf neutrale Länder für bestimmte Industrien, die nicht auf der „Schwarzen Liste" stehen, und die die Deutschen ausführen dürfen, und 3. in deutschem Golde bezahlt werden sollen.

* **Stockholm**, 12. März. Laut Stockholm Tidningen erklärte der amerikanische Gesandte Morris auf einem Bankett, er habe im Auftrage Hoovers mit dem schwedischen Roten Kreuz über dessen Mitwirkung an der Verteilung von Lebensmitteln in Deutschland verhandelt, wo es vor allem an Leidende und Bedürftige Lebensmittel verteilen soll. Der ganze Plan sei bis auf einige technische Einzelheiten fertig, auf die man sich aber in wenigen Tagen wohl einigen werde. Daraufhin würden die Lebensmittelsendungen hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten beginnen können.

* **Duisburg**, 12. März. Mit einem Dampfer der Rhein- und Seeschiffahrts-Gesellschaft in Köln traf gestern hier der erste Lebensmitteltransport für den hiesigen Industriebezirk ein. Es handelt sich um etwa 3500 Sack Weizenmehl.

Stadtnachrichten.

* **Neuß**, 13. März.

Z **Verein kath. Akademiker, Neuß.** Nach Monaten der Unterbrechung nimmt der Verein seine Tätigkeit wieder auf. Donnerstag 6½ Uhr findet eine Versammlung mit anschließendem Lichtbildervortrage statt. Redner ist Herr Prof. **Buchkremer** von der Technischen Hoch-

Das Schicksal der Rheinlande.

Der Amerikaner Frank H. Simonds schildert, wie schon gemeldet, auf zuverlässiger Grundlage das Schicksal der Länder am Rhein folgendermaßen:

Die elsässisch-lothringische Frage wird nicht wieder eröffnet werden, die abgeschmackte deutsche Forderung nach einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen wird abgelehnt, kurz, Elsaß-Lothringen wird fortan als französisches Gebiet betrachtet, das 1871 Frankreich geraubt und von ihm im Augenblick der deutschen Niederlage im November 1918 zurückgewonnen wurde. Ferner wird man Frankreich gestatten, das verhältnismäßig kleine, aber wegen der reichen Kohlenschätze wichtige Gebiet des Saartales einzuverleiben, nachdem die Deutschen die französischen Kohlenbezirke des Nordens für wenigstens zehn Jahre außer Betrieb gesetzt haben. Schließlich wird zwischen Belgien und Frankreich westlich des Rheines eine Rheinische Republik errichtet werden, die zwischen Deutschland und den Ländern, die es 1914 mit Krieg überzog, als Pufferstaat dienen soll.

Die Frage der Rheinischen Republik soll folgendermaßen gelöst werden. Zunächst ist keine Rede davon, daß Frankreich oder Belgien, abgesehen vom Saargebiet und zwei oder drei französisch sprechenden Städten an der belgischen Grenze, unter denen Malmedy die größte ist, irgend einen Teil dieses Gebiets annektieren wollten. Das steht für jetzt und für die Zukunft fest; es ist nicht daran zu denken, daß dieses Gebiet jemals, sei es von den Franzosen oder von den Deutschen, einverleibt werden wird. Es wird anerkannt, daß es deutsch ist; es wird anerkannt, daß die Annexion durch Frankreich dort ein neues und gefährliches Elsaß-Lothringen schaffen und eine deutsch-patriotische Bewegung hervorrufen würde, die sich für die Zukunft ebenso als ein Friedenshindernis herausstellen würde, wie es die Einverleibung Elsaß-Lothringens nach 1871 war. Dagegen glaubt man, daß die Bewohner dieses Gebietes, wenn sie erst dem preußischen Einfluß, der außer in der Pfalz das westliche Rheinufer hundert Jahre beherrscht hat, entzogen sind, sich bis zu einem gewissen Grade von dem üblen Einfluß des preußischen Geistes unabhängig machen werden, zumal, da ihnen natürlich dieser preußische Geist unsympathisch ist und sie sich einst von den Ideen der französischen Revolution hatten durchdringen lassen. Aber es wird anerkannt, daß es unmöglich und auch unbillig wäre, dieser Bevölkerung das Recht der Selbstbestimmung zu nehmen. Als Ergebnis ist man daher übereingekommen, daß die Rheinische Republik nur so lange bestehen soll, bis Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien nachgekommen sein und alle Verpflichtungen erfüllt haben wird, die ihm der neue Versailler Vertrag auferlegt. Ist das geschehen, so werden die Besatzungsheere, die bis dahin am Rhein Wacht halten werden, zurückgezogen, und dann wird es der Bevölkerung der Rheinischen Republik überlassen werden, nach ihrem freien Willen zu entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren oder als ein unabhängiger Staat weiter bestehen will.

Will man sich auf einfache Weise klar machen, was Frankreich und Belgien mit der Errichtung dieser neuen Rheinischen Republik bezwecken, so nehme man eine Karte von Mitteleuropa und ziehe eine Linie zwischen Belgien, Luxemburg, Elsaß-Lothringen zum Rhein. Daraus erhellt, daß, so lange dieser Staat besteht, Frankreich und Belgien zwischen sich und dem deutschen Einfall den breiten Gürtel eines Gebiets von 4 bis 5 Millionen deutscher Bevölkerung haben, einen neuen Staat, der, wie die Schweiz, sich wirksam zwischen nationale Eifersüchteleien stellt und die unmittelbare Gefahr eines Zusammenstoßes infolge von Grenzfällen fernhält. Sollte dieser Staat, wenn für ihn die Stunde der Selbstbestimmung geschlagen hat, sich dahin entscheiden, daß er sein selbständiges Dasein fortsetzen will, so wird er die Zahl der kleinen Nationen, denen der Völkerbund ihren Bestand verbürgt, um eine vermehren; beschließt er aber, zu Deutschland zurückzukehren, so wird er zweifellos nach den Jahren der Trennung von preußischem Einfluß erheblich zur Stärkung des liberalen Elements in Deutschland und so zur Abschwächung der Gefahr eines neuen Angriffs durch deutschen Imperialismus und deutschen Militarismus beitragen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird so die westliche Lösung ausfallen. So lange Deutschland seine Verpflichtungen nicht abgetöst hat, wird es in die Besetzung seiner rheinischen Gebiete einzuwilligen haben, so wie es nach 1871 die östlichen Departements Frankreichs solange besetzt hielt, bis dieses die ihm von Bismarck auferlegte Entschädigung bezahlt hatte. Während dieser Zeit der Besetzung werden die Länder am Rhein von Deutschland getrennt, und es wird ihnen gestattet, ihre eigene politische Organisation und ihr eigenes politisches Leben zu haben, aber nicht als ein Teil Deutschlands. Statt dessen haben sie sich zu einem eigenen unabhängigen Staat zusammenzuschließen, in dem die Ordnung durch die Heere der Verbündeten aufrechterhalten wird und der in gleicher Weise gegen die Gefahren der deutschen Revolution, wie gegen die Möglichkeit einer Einverleibung durch Frankreich oder Belgien gesichert ist. Mit einem Wort, diese Länder stehen für die unbestimmte Zeit der Besetzung durch die Verbündeten, die ein Jahrzehnt dauern kann, unter der gemeinsamen Aufsicht aller Nationen, die den Völkerbund unterschrieben haben, und während dieser Zeit wird Deutschland am Rhein endigen. Frankreich aber wird sich von den Wunden des Krieges erholen können und wird keinen neuen deutschen Angriff mehr zu fürchten haben, und die Wiederherstellung Frankreichs und Belgiens kann sich ohne deutsche Störungen vollziehen.

Die gleichen Ausführungen sind unter der Ueberschrift „Ein Pufferstaat am Rhein" in der Times vom 8. März veröffentlicht worden. Eine beigegebene Karte verdeutlicht die Grenzen der „vorgeschlagenen rheinischen Republik".

schule in Aachen. Sein Thema „Der christliche Altar" verspricht viel Anregung und reichen Genuß. Zu dem Vortrag sind auch die Damen unserer Mitglieder und Gäste willkommen. Für diese beträgt der Eintritt 1 Mk.

c) Soziale Kommission. Wir machen die Ortsgruppen der kaufmännischen und technischen Verbände darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 14. März 1919, abends punkt 7 Uhr eine öffentliche Versammlung im oberen Saale des Hotel Pilartz (Krefelderstraße) stattfindet. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß in dieser Versammlung die Namen der Delegierten der einzelnen Ortsgruppen anzumelden sind.

ϕ Städtisches Arbeitsamt. Am 14. März wird die Zweigstelle III der Erwerbslosenfürsorge von den Margarinewerken nach der Hymgasse 4 (altes Hospital) verlegt und gleichzeitig geteilt in eine Zweigstelle (Zweigstelle III) für kaufmännische Angestellte und Handwerker, mit der auch der Arbeitsnachweis für diese Berufsklassen verbunden wird, und in eine Zweigstelle für weibliche Erwerbslose.

Das städtische Arbeitsamt wird sich alsdann folgendermaßen gliedern:

Gewerbliche und industrielle Arbeiter: Arbeitsnachweis: Hymgasse 4 (Erdgeschoß rechts). Erwerbslosenfürsorge: Buchstabe A—K Zweigstelle I, Hymgasse 4 (Erdgeschoß links); Buchstabe L—Z Zweigstelle II, Hammtorwall.

Kaufmännische Angestellte und Handwerker: Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge: Zweigstelle III, Hymgasse 4 (Erdgeschoß rechts).

Frauen und Mädchen: Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge: Zweigstelle IV, Hymgasse 4 (links, erster Stock).

Gewerkverein der Heimarbeiterinnen. Mit Erlaubnis der belgischen Behörde finden von jetzt ab jeden zweiten Freitag im Monat, Abends 7½ Uhr, unsere regelmäßigen Versammlungen im Restaurant Hermkes, Niederstraße, 1. Etage, statt. Nichtmitglieder, welche Näharbeit suchen, sind auch willkommen.

Z Konzert im Rheinischen Hof. Am Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr, findet im Saale des Rheinischen Hofes ein Konzert der beliebten Kölner Kammersängerin Wanda Achsel und des Pianisten Heinz Bongartz (Neuß) statt. Da die Vortragsfolge eine sehr interessante ist, so empfehlen wir, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, die in den bekannten Vorverkaufsstellen van Haag, L. Rutz (L. Timner) und in der Niederrheinischen Buchhandlung zu haben sind. Preis der Karte 3,30 Mark.

) **Zwei junge Burschen,** die Einbrüche verübt und u. a. Wäsche gestohlen hatten, wurden verhaftet.

Oberkassel-Heerdt.

)§(**Oberkassel,** 12. März. Etwas Gewehrfeuer auf der andern Seite sind wir nun schon immer gewöhnt und man macht sich keinerlei Sorge darüber. In der vergangenen Nacht wurde das Geknatter aber doch so stark, daß man sich sagen mußte, es ist wieder etwas passiert. In der Tat, wie wir vernehmen, versuchten bewaffnete Spartakiden einen Anschlag auf die Ulanenkaserne, der von der Wache abgeschlagen wurde. Nach einigen Stunden wurde der Ueberfall wiederholt und zahlreiche Schüsse abgegeben. Auch dieser wurde von den Truppen abgewiesen.

In den frühen Morgenstunden wurde in anderen Stadtteilen, u. a. zwischen dem Zoologischen Garten und der Villenkolonie Grafenberg, die Schießerei fortgesetzt. Bei diesen Schüssen, die in fast regelmäßigen Zwischenräumen abgegeben wurden, handelte es sich indessen wieder nur um nächtliche Ruhestörungen.

Man scheint nicht Ruhe geben zu wollen, ehe es einmal furchtbarer Ernst wird.

Sprech-Saal.

Zur Frage der kleinen Ackerbesitzer erfahren wir, daß denselben Düngemittel jeder Art zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Die Stadt hat dafür reichlich Vorsorge getragen. Es kommt nur darauf an, sie richtig dem Boden zuzuführen. Da wäre es allerdings angebracht, wenn in den Zeitungen eine kleine Belehrung darüber veröffentlicht würde. Im andern Falle kann es sich ereignen, daß genau die gegenteiligen Mittel angewendet werden, die notwendig sind. Jedenfalls müßte diese Belehrung in absolut gemeinverständlicher Art dem Publikum geboten werden. An solchen Kleinigkeiten liegt viel!

Bei der Anlage der neuen Bedürfnisanstalten finden die zuständigen Instanzen musterhafte Vorbilder, u. a. in Düsseldorf in der Schadowstraße und am Ratingertor, direkt im Verkehr gelegen, fast geruchlos und unauffällig. Bei vielen kleinen städtischen Anlagen ist bisher der Fehler gemacht worden, daß sie viel zu breitspurig und schwer sind und unschön wirken. So der Zigarrenpavillon an der Bahnstraße, der mehr Dach als Pavillon ist, die „festungsmauerartige" Absperrung zwischen Spielplatz der Promenadenschule und der schönen Lindenallee, während dort früher eine grüne Hecke sehr nett als eine Art Fortsetzung der Promenade wirkte, heute eine häßliche, schwere, hohe Betonmauer mit ganz überflüssigem Latticwerk, die dem Spaziergänger den Weg unbehaglich macht. Und das alles, um den Spielplatz, der von den Kindern nur 20 Minuten im Tage benutzt wird, von der Promenade fast lustdicht abzuschließen, anstatt ihn an diese anzugliedern. Ferner die geradezu schrecklich geschmacklose Verlängerung der Bedürfnisanstalt der Hammtorwallschule nach der Straße zu.

Also bitte keine weitere Verunstaltung des Straßenbildes durch die neuen Anlagen! Einfach, durch Grün möglichst gedeckt, und praktisch. Die Kosten werden dadurch nicht höher.

Eingesandt.

Provinznachrichten.

* **Düsseldorf,** 12. März. Ein Teil der Landesschützenbrigade hat am Dienstag Düsseldorf wieder verlassen. Mit den abrückenden Truppen verließ auch ein Teil des im Ständehause untergebrachten Befehlsstabes die Stadt. An Stelle von Generalmajor v. Roeder übernimmt Generalleutnant Exz. v. Bergmann (früher Führer der 13. Division) das Kommando über die in Düsseldorf befindlichen Truppen.

Für die aus Düsseldorf fortgezogenen oder in den nächsten Tagen noch abrückenden Truppen des Landesschützenkorps kommen weitere Abteilungen des Korps Lichtschlag hierher. Die in Düsseldorf verbleibenden Truppen wurden im Laufe des Tages zum großen Teil in andere Unterkunftsstätten verlegt. Die meisten von den Truppen belegten Schulgebäude sind geräumt worden, damit der Schulunterricht ungestört fortgesetzt werden kann.

* **Barmen,** 11. März. Bei der Absuchung Barmens und der Umgebung nach Waffen machten Regierungstruppen reiche Beute. An einer Stelle in der Umgebung konnten allein 80 Maschinengewehre und mehrere tausend Karabiner mit der dazugehörigen Munition beschlagnahmt werden. Im Besitze des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats fand man eine große Anzahl Gewehre, die im vergangenen Monat bei den Unruhen in Elberfeld benutzt worden sind.

Neueste Nachrichten.

Keine Umbildung des Ministeriums.

* **Weimar,** 12. März. In der ausländischen Presse wird in den letzten Tagen häufiger davon gesprochen, daß eine Umbildung des Kabinetts unter Hinzuziehung der Unabhängigen vorgenommen werden würde. An zuständiger Stelle wird Wert darauf gelegt, zu betonen, daß diese Meldungen unrichtig sind. Besprechungen in dieser Richtung haben bisher nicht stattgefunden, nicht einmal eine Fühlungnahme.

Der Reichsminister des Auswärtigen Amts Graf Brockdorff-Rantzau und der Reichsminister Erzberger werden heute nachmittag in Weimar eintreffen, um an der endgültigen Zusammenstellung der deutschen Friedensdelegation mitzuwirken.

Die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen beginnen heute in Rotterdam und in Brüssel.

Die deutsche Friedensdelegation.

* **Weimar,** 12. März. Die deutsche Delegation, die demnächst zu den Friedensverhandlungen nach Paris reisen wird, setzt sich folgendermaßen zusammen: Führer ist der Reichsminister des Auswärtigen Graf von Brockdorff-Rantzau. Ihn begleiten Reichsminister Giesberts, Minister David und Abg. Professor Dr. Schücking (Dem.). Hierzu soll noch ein fünftes Mitglied treten. Reichsminister Erzberger hat eine Beteiligung an der Abordnung abgelehnt.

Frühestens Mitte April.

WTB Paris, 11. März. Reuter. Trotz aller gegenteiligen Erklärungen wird von autoritativer Seite die Ansicht ausgesprochen, daß der vorläufige Friedensvertrag frühestens Mitte April geschlossen werden kann.

— Die Gazette van Antwerpen teilt mit, daß bei den Verhandlungen über den vorläufigen Frieden ein Vertreter Belgiens zu den Beratungen über die zukünftigen deutschen Grenzen zugezogen wird.

— Wie Reuter aus Paris meldet, erklärte Lansing in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müssen, um die Welt vor Anarchie zu bewahren.

Die deutsche Flotte und das Heer.

— Der Pariser Korrespondent des Telegraaf meldet, daß die Stärke der deutschen Flotte auf sechs Panzerkreuzer, fünf Linienschiffe, zwölf Torpedobootsjäger von je 800 Tonnen und 26 Torpedoboote von je 300 Tonnen festgesetzt wird.

WTB London, 12. März. Reuter. Daily Chronicle meldet aus Paris, daß Deutschland zwei Monate Zeit behalten wird, um die neuen militärischen Bedingungen einzuführen. Die Zahl der deutschen Offiziere wird auf 4500 beschränkt werden.

Aus der Nationalversammlung.

(!) **Weimar,** 12. März. Die heutige Debatte der Nationalversammlung geht um das Sozialisierungsgesetz, das zur zweiten Beratung steht. Abg. Dr. Boegeler äußert schwere Bedenken, da es den freien Handel lähmen werde, während Dr. Pachnicke (Dem.) eine versöhnliche Wirkung von dem Gesetz erwartet. Abg. Dr. Veidt (Deutschn. Vp.) nennt es einen Ausflug in den Zukunftsstaat, es sei eine Verewigung der Zwangswirtschaft. Abg. Dr. Burlage (Zentr.) betont, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden kann. Auch dürfen in die Verwaltungskörper nicht Maulhelden, sondern tüchtige Arbeiter gewählt werden.

Annahme des Kohlengesetzes.

)§(**Weimar,** 12. März. Der Hauptausschuß der National-Versammlung nahm nach langen bis Mitternacht dauernden Beratungen das Kohlenwirtschaftsgesetz gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen, Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen an. Eine Resolution ersucht die Reichsregierung um Beschleunigung der Angelegenheit.

Der vorläufige Verfassungsentwurf für Preußen.

* **Berlin,** 11. März. Der Entwurf einer vorläufigen Verfassung für Preußen, der der preußischen Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt übermorgen vorgelegt werden wird, wird morgen in einer Sitzung des Staatsministeriums endgültig festgestellt. Den Gedanken der Einsetzung eines besondern preußischen Staatspräsidenten wird man dabei voraussichtlich ganz fallen lassen und die vollziehende Gewalt in die Hand des Kabinetts legen. Bei einem Wechsel des Ministeriums wird der Präsident der Landesversammlung berufen sein, die neue Regierung zu bilden. Auch sonst sollen der republikanisch-demokratisch-parlamentarische Gedanke und das Einheitsprinzip des Deutschen Reiches möglichst stark ausgeprägt werden.

Der Großberliner A.S.R. besetzt.

* **Berlin,** 12. März. Heute vormittag tagte in den Germania-Sälen zum ersten Male wieder seit dem Generalstreik die Vollversammlung der Großberliner A.S.R. Während der Diskussion über die augenblicklichen Vorgänge in Berlin ergriff nach dem Vorsitzenden Richard Müller und dem Mitglied der sozialdemokratischen Partei Frank der Kommunist Herfurt das Wort. Mitten in den heftigen Ausführungen Herfurts wurden plötzlich die Saaltüren aufgerissen und Regierungstruppen mit schußbereiten Gewehren kamen in den Saal.

Sofort sind von ihnen alle Galerien und Ränge besetzt, niemand darf herein oder hinaus.

Eine ungeheure Erregung herrscht im Saale. Die Versammlungsteilnehmer erhoben sich von ihren Sitzen, stiegen auf die Tische und Stühle und schrien erregt durcheinander. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer eilen auf die Bühne und zum Vorstandstisch, um dort ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben. Stasser schreit in den Saal hinein: Der Führer der Truppen, die soeben das Gebäude besetzt haben, erklärte mir, daß er den Befehl hätte, die Ein- und Ausgänge zu besetzen, daß jedoch alles andere telephonisch abgewartet werden müsse. Nach diesen Worten steigerte sich die Erregung noch mehr.

Eine Abordnung der Versammlung, die aus Neue und Molkenbuhr besteht, ist in die Reichskanzlei der Regierung gefahren, um wegen der Besetzung des Gebäudes Einspruch zu erheben. Die Versammlung nimmt dann unter militärischer Bewachung ihren Fortgang.

Kurz vor 3,30 Uhr wurde die militärische Besetzung wieder aufgehoben. Um diese Zeit kehrte auch die Kommission, die im Reichsmarineamt mit Noskes wegen der Besetzung verhandelt hatte, zurück. Hauptmann Schmidt hat der Kommission gegenüber erklärt, daß es sich bei der Besetzung der Germaniasäle um einen Irrtum handele.

Neue Wühlarbeit.

* **Berlin,** 12. März. Gegenwärtig wird in der Arbeiterbevölkerung Berlins eine rege Propagandatätigkeit für einen neuen Generalstreik entfaltet. In unzähligen Flugblättern, Ansprachen auf den Straßen usw. wird mitgeteilt, daß spätestens am 25. d. M. der neue Generalstreik beginnen wird. Unter Zuhilfenahme der bekannten radikalen Agitationsphrasen wird betont, daß diesmal „gründliche Arbeit verrichtet werden soll". Ferner wird sich der Generalstreik nicht nur auf Berlin beschränken, sondern auf das ganze Reich erstrecken.

Eine vereitelte Spekulation auf Breslau.

* **Breslau,** 12. März. Der Volksrat in Breslau gibt bekannt, daß heute vormittag die wichtigsten öffentlichen Gebäude durch Truppen auf Befehl des Generalkommandos besetzt worden sind. Man hatte nämlich einen verbrecherischen Anschlag entdeckt. Verschiedene Berliner Spartakidenführer waren in Breslau eingetroffen, um die öffentlichen Gebäude zu besetzen und dann Breslau zu plündern. Der Plan war in allen Einzelheiten durchgearbeitet.

Spartakiden-Verbrechen.

* **Detmold,** 12. März. Am Dienstagabend gegen 7 Uhr wurde von spartakidischer Seite ein Attentat mit Handgranaten auf einen fahrenden Personenzug verübt. Mehrere Personen wurden getötet; andere schwer oder leicht verwundet.

Bolschewistengefahr in Ostpreußen.

* **Berlin,** 11. März. Die Lage in Ostpreußen wird, wie wir hören, von Tag zu Tag kritischer. Die Rote Armee, die in Kurland alles, was an Lebensmitteln vorhanden war, so ziemlich aufgezehrt hat, kann jeden Tag in Ostpreußen einfallen. Der uns zur Abwehr zur Verfügung stehende Grenzschutz ist durchaus unzureichend. Nicht nur ist er zu schwach, sondern auch in seiner Gesamtheit keineswegs zuverlässig. Man kann sagen, daß mindestens 10 bis 15 Prozent der Grenzschutzmannschaften Spartakisten sind. In Gumbinnen arbeitet eine bolschewistische Zentrale auf militärischem Gebiete. In Königsberg besteht eine gleiche Einrichtung, die sich mehr auf das politische Gebiet verlegt. Der Bolschewismus wartet in Ostpreußen nur den Russen-Einfall ab, um dann dem Grenzschutz in den Rücken zu fallen und ihn völlig auszuschalten.

Milde Gaben.

Es gingen bei uns ein:

Für ein Heidenkind auf den Namen Katharina-Agnes ung. 21,— Mk., auf den Namen Judas-Thadäus ung. 21,— Mk.

Für den Bezirk
Königshoven
suchen wir per 1. April einen ordentlichen Mann oder Frau als
Zeitungsträger.
Meldungen ehestens an die
Geschäftsstelle der Neuß-Grevenbroicher Zeitung,
Niederstraße 46.

Kräftiger, zuverlässiger, ehrlicher
Mann
mit Familie zur Bewachung eines stillgelegten Fabrikterrains gesucht. Wohnung und Land für Kartoffel- und Gemüsebau vorhanden.
Meldung unter Angabe von Empfehlung bei
Heinrich Brand, Drususstraße 16.

Eisen-Hochbau.
Geübte
Preßluft-Nieter
sowie einen
Winkel-Schmied
sofort gesucht.
Rd. Bleichert & Co.,
G. m. b. H., Neuß,
Düsseldorferstr. 186.

Tüchtiger Fahrradmechaniker sof. gesucht. Herm. Kölme, Oberkassel, Luegallee 100.

Erfahren. Schreiner sofort gesucht. Schmitz, Göthestr. 4.

Tüchtig. Stellmachergesell. sucht H. Reunzig, Mech. Stellmacherei, Gohr.

Tüchtig. j. Pferdeknecht stellt ein Adolf Kohtes, Haus Meer Nr. 4, Post Osterath. Daf. ein deckfäh. Eber zu verkaufen.

Tüchtiger Schuhmacher sofort gesucht Theodor Königshofen, Markt 16.

Tüchtiger Friseurgehülfe sofort gesucht. Willi Dohmen, Neustr. 24.

Zuverlässiger, treuer kath.
Krankenwärter
mit guten Zeugnissen ges. Persönl. Vorstellung erb. Krankenhaus der Dominikanerinnen, Düsseldorf-Heerdt, Rheinallee 26/27.

Landwirtschaftliche Arbeiterfamilie
findet schöne Wohnung mit Garten im nahen Schulort.
Weidenfeld, Rittergut Birkhof, bei Glehn.
Daselbst älterer unverheir.
Stallknecht
gesucht.

Tücht. Pferdeknecht
sowie gute Weidenpflüge sucht Joh. Jansen, Neubrück, Kr. Grevenbroich.

Ordentlicher Pferdeknecht gesucht, der auch Gartenarbeit versteht. Heine, Hellersberg, Neuß, Annostraße 2.

Aelter. led. Arbeiter
für Garten u. Feld sucht Bäumges, Gut Steinshof, Holzheim.

Follien-Seiden-Jakett bill. zu verkaufen. Heisper, Oberstr. 141.

Leicht-Kriegsbesch., Futtermeister u. Fahnenschmied, sucht gesundheitshalber dauernd leichte Beschäftigung in der Landwirtschaft, am liebsten auf kleinem Gute. Auf Lohn wird nicht geachtet, aber auf gute Behandlung. Gefl. Angebote an Hubert Wallrath, Crefeld-Verberg.

Unabhängig. ält. Mann für Garten- u. Feldarbeit sowie kräftiger Junge für sofort in dauernde Stell. gesucht. H. Prosch, Dormagen.

Mann oder Frau
für Gartenarbeit gesucht. Mertens, Kapellen, Bahnstr. 16.

Arbeitsjunge,
der mit Pferden umgehen kann, gesucht. Claßen, Capitelstr. 46.

Junge
14½ Jahre, sucht wieder Stellung auf dem Lande. Tillmann, Neustr. 10 2. Et.

Junge von 15—16 Jahren für Landwirtschaft sofort ges. Näh. Bongartz, Holzheim bei Neuß, Gellschestr. Nr. 50.

Putz.
Tüchtige 2. Arbeiterin u. Laufmädchen gesucht. Ponzelar, Kapitelstr. 44, 1. Etg.

Tücht. alt. Mädchen
für alle Hausarb. gesucht. Frau Ferd. Riemann, Friedrichstr. 83.

Suche für eine Dame, resolut und zuverlässig, Stelle als
Haushälterin
Bewerberin ist im Kochen, Backen, Einmachen u. im ganzen Hauswesen durchaus erfahren. Gute Zeugnisse stehen zu Diensten.
Gleichzeitig wird Stelle für ein gut empfohlenes
Zweitmädchen
gesucht. Näheres bei Frau Peter Breiden, Grevenbroich, Kölnerstr. 13.

Tüchtiges
Küchenmädchen
oder Zweitmädchen für herrsch. kinderl. Haushalt zu April oder Mai gesucht. Wäsche außer dem Hause. Frau Friedr. Hahn, Elisenstr. 17.

Gutempfohlenes Zweitmädchen zu engagieren gesucht. Verständn. u. Liebe zur Gemüsegartenarb. Bedingung. Weigrand, Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser Wilhelm-Ring 14.

Ordentliches
Alleinmädchen
mit guten Zeugnissen, für Haushalt v. 4 Pers. gesucht. Frau Wilh. Kraus, Parkstr. 13.

Mädchen
für Küche und Hausarbeit ohne große Wäsche gesucht. Gehens, Neustr. 2.

Braves Mädchen
v. 18—20 J., f. kl. Haush. z. bald. Eintritt gesucht. Wirtz, Stürzelberg, Unterstr. Nr. 4.

Treues, zuverlässiges
Mädchen
f. Küche u. Hausarb. ges. Näheres H. Haeffs, Erststraße 20.

Tüchtiges Mädchen
f. Küche und Hausarb. ges. Wäsche außer dem Hause. Kinderfräulein vorhanden. Frau van Haag, Büchel 16.

Zuverl. Mädchen
für klein. Haush. sof. ges. Krings, Jülicherstraße 36, Lebensmittelgeschäft.

Auf sofort ein tüchtiges
Mädchen
für alle Hausarbeiten ges. Frau Erwig, Köln-Lindenthal, Bachemerstraße 28.

Eine Stütze
für einen Etagen-Haushalt in Köln gesucht, eventl. bei Familienanschluß. Näh. Frau Erwig, Köln-Lindenthal, Bachemerstraße 28.

Junge Mädchen
für leichte Arbeit gesucht. Kamper u. Weber, Friedrichstr. 28.

Dienstmädchen für alle Arbeit gesucht. E. Kluth, Landwirt, Brücke B, 5, Post Neuenkirchen.

Putzmädchen
für ein paar Stunden vormittags gesucht. Müller, Königstr. 25, 2. Etage.

Putzfrau od. Mädchen
für ganze Tage gesucht. J. van Haag, Büchel 16.

Wer würde 2 Mädchen in den 20 Jahren zus. zu ein. Stelle bei ein. Landwirt zur ländl. Arbeit verhelf. Murx, Oberkassel, Lueg-Allee 126 II.

Mädchen von Lande f. Stellung für Stall und Feldarbeit. Näheres Frau Grehorek, Weckhoven bei Neuß, Kirchstraße Nr. 106.

Mädchen sucht Stelle zum Bügeln und Putzen. Offerten an Frau Leo Köhlen, Neuß, Annostraße 55.

Ein Posten gut erhalt. Gymnasial-Lehrbücher zu verkaufen. Metternich, Rheintorstraße Nr. 28.

Sehr gut erh. Militärsch. Nr. 41, 1 Paar Herrensch. Nr. 40 sowie 2 Paar Kinschuhe f. Kind. v. 3—6 J. billig zu verkaufen. Lüttgens, Marienstr. 8.

Ein gut erhaltenes Kommunionkleid mit Kränzchen billig zu verkauf. Näh. Gärtner, Bergheimerstr. 161, 1. Et.

Kommunionkleid zu verkaufen Frau Bloemer, Rheinst. 40

Ein gut erhaltenes Kinderklappstühlchen zu verkaufen. Knopp, Büttgerstr. 30.

Schöner Sitzliegewagen zu verkaufen. Spitzer, Düsseldorferstraße 4 b.

Gebr. Mäntel, Hüte, 1 gr. Waschbütte, Gasbügeleisen zu verkaufen. Lindges, Breitestr. 91 II.

Wenig gebr. Sommerhut billig zu verkaufen. Dworak, Jülicherstraße Nr. 79.

Ein neuer Kleiderschrank billig zu verkaufen. Grubenbecher, Spulgasse 15.

Kasserfessel
zu kaufen gesucht. W. Dohmen, Neustr. 24.

4. Roßhaarsteile
und ein neues Vertikow zu verkaufen. Otto Maleton, Gartenst. 22.

Schläf. Bett m. Matr. u. Keil zu verkaufen P. Schröder, Markt 29.

Weißlackiertes Bett mit Matratze billig zu verkauf. Krüger, Schulstr. 15.

Ein Kinderbett mit Matratze zu verkaufen. M. Schlingmann, Neumarkt 33.

Möbel.
Seidene Polstermöbel, 4 Sessel, 1 Sofa, Salontisch, Trumeaux, Vertikow, Paneldrett, Bild, Kronleuchter (elektrisch) zu verkauf. Heerdterhof-Brauerei, Heerdt, am Heerdterhof 16

Eine guterhaltene Singer **Nähmaschine** u. eine Bluse zu verkauf. Weiß, Josefstr. 93.

Gebrauchte Schneider- und Haushaltungs-Nähmaschine zu verkaufen. Damjacob, Furtherstraße 102.

Schrank
mit 50—60 Schubladen, ca. 15 cm Breite u. 10 cm Höhe zu kaufen gesucht. J. van Haag, Büchel 16.

Guterhalt. lederner Schultornister für Mädchen zu verkaufen. Fr. Hoffmann, Erststr. 61.

Ausgekämmtes und abgeschnittenes Frauenhaar kauft zu höchsten Preisen Franz Bürdenich jr., Glockhammer 18, 1. Etg.

Bettnässen! Befr. sof. Alter u. Geschl. angeben. Auskunft umsonst. Institut „Aurora" Reichertshausen a. Ilm, 111 a Oberb.

Rundschreiben
in
Schreibmaschinenschrift
fertigt schnellstens
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß,
Niederstraße 46.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen gegen 3 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unseren herzensguten Vater, Schwager und Onkel,

den wohlachtbaren Herrn

Michael Stammen,

nach kurzem, schweren, mit grösster Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch die hl. Sterbesakramente, im Alter von nahezu 74 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein andächtiges Gebet bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Allerheiligen und Krefeld, den 11. März 1919.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 15. März, vormittags 9 Uhr; daran schliessen sich die Exequien in der Pfarrkirche zu Rosellen an.

Heute morgen gegen 8 Uhr erlöste ein sanfter Tod meine Innigstgeliebte Gattin, meine gute Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Frau Jakob Lütter,

Helene geb. **Schmitz,**

von ihrem langen, schweren Leiden. Sie starb ergeben in Gottes heiligen Willen, wiederholt gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente, im Alter von 65 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Jakob Lütter,
Anton Lütter.

Gohr, Cöln-Deutz, Cöln-Nippes, Bonn, den 12. März 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 15. März 1919, vormittags 9½ Uhr statt, daran anschliessend die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche zu Gohr.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse verschied gestern Morgen 6½ Uhr unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter und Tante

Wwe. Jakob Krüppel

Margareta geb. **Franzen**

Sie starb infolge Altersschwäche, wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der heil. Sterbesakramente, im Alter von nahezu 79 Jahren.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die Hinterbliebenen.

Neuss, Düsseldorf und Grefrath, den 13. März 1919.

Die feierlichen Exequien finden Samstag, den 15. März, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, im Anschluss hieran das Begräbnis vom Sterbehause Canalstrasse Nr. 6 aus.

---

†

Das Jahrgedächtnis

für die Familie

Vincenz Grunau

findet Freitag, den 14. März, morgens 8¼ Uhr in der St. Marienkirche statt. Es ladet freundlichst ein

Die Familie.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Gatten und Vaters sprechen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten und der ganzen Nachbarschaft unseren tiefempfundenen Dank aus.

Frau Wwe Anton Moser und Kinder.

Bekanntmachung.

Am 11. März 1919 wird das ab 25. Februar 1919 eingeführte Reise-Erlaubnisscheinverfahren wieder aufgehoben. Ab diesem Zeitpunkt gelten für den Reiseverkehr nur noch die von den fremden Besatzungsbehörden erlassenen Verkehrsverordnungen.

Cöln, den 10. März 1919.

Eisenbahndirektion.

---

†

Das Jahrgedächtnis

für Herrn

Johann Kirchhoff

findet Freitag morgen 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet

Die Familie.

---

†

Das Jahrgedächtnis

für den verstorbenen Herrn

Wilhelm Zistig

und dessen gefallenen Sohn

Willy

findet Freitag, 14. März, ½8 Uhr, in der Marienkirche statt, wozu freundlichst einladet

Familie Wilh. Zistig.

Büderich,

direkt an der Kirche

2 Baustellen

mit 12 Meter Baufront zu verk. Näh. b. Jos. Weitz, Schreinermeister, Büderich, Kreselderstr. 21.

Teilungshalber
2 Häuser
in der Nähe der Bahn sof. preiswert zu verkaufen.
Kleefisch, Kapitelstr. 66.

2—3 Zimmer

Wohnung von kinderlosem stillem Ehepaar gesucht.
Näheres **M. Kohm,** Bahnstraße 1.

Kinderl. Ehepaar sucht 3-räumige Wohnung zu 1. April oder später. Näh. **Schüller,** Glockhammer 6.

Alle Arten
Drucksachen
in Ein- und Mehrfarbendruck liefert sauber und preiswert
Jos. Heckhausen
Tel. 716,
Kölnerstrasse 5.

Reparaturen a. Schreib- u. Büro-Maschinen werden schnell und fachmännisch ausgeführt durch **J. van Haag, Büchel 16.** Fernruf 1434.

Bekanntmachung.

Zu dem Tarif für den Neußer städtischen Hafen ist ein Nachtrag erschienen und durch das Regierungs-Amtsblatt zu Düsseldorf unterm 22. Februar veröffentlicht worden. Der Nachtrag tritt mit diesem Tage in Kraft und ist auf dem städtischen Hafenamts zur Einsicht ausgehängt.

Neuß, den 12. März 1919.

Der Oberbürgermeister: Gielen.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

In der Woche vom 16. März bis 22 März werden folgende Lebensmittel ausgegeben.

A.

Auf das Bezugsheft für Lebensmittel Ausgabe R in den zum Verkauf der städtischen Lebensmittel zugelassenen Geschäften auf Grund der Kundenlisten:

1. Auf die Wochenmarken für Mehl erfolgt keine Abgabe.
2. Auf die Wochenmarken 1 für Speisefette auf eine Einheit 50 Gramm Margarine. Blatt 3. Verkaufspreis für eine Einheit 0,22 Mark; für das Pfund 2,15 Mark.
3. Auf die Wochenmarken 1 für Zucker auf eine Einheit 150 Gramm Zucker. Blatt 4. Verkaufspreis für eine Einheit Würfelzucker 0,17 Mark; für das Pfund 0,55 Mark.
4. Auf die Marken 1 für verschiedene Lebensmittel auf eine Einheit 100 Gramm Teigwaren. Bl. 5. Verkaufspreis für eine Einheit 0,14 Mark; für das Pfund 0,70 Mark.
5. Auf die Marken 2 für verschiedene Lebensmittel auf eine Einheit 250 Gramm Marmelade. Bl. 5. Verkaufspreis für eine Einheit 0,50 Mark; für das Pfund 1,00 Mark.
6. Auf die Marken 3 für verschiedene Lebensmittel auf eine Einheit 50 Gramm Bohnenmehl. Bl. 5. Auf das Bezugsheft für Lebensmittel Ausgabe R in Verkaufspreis für eine Einheit 0,06 M., für das Pfund 0,55 M.
7. Auf die Marken 4 für verschiedene Lebensmittel auf eine Einheit 1 Päckchen Süßstoff. Blatt 5. Verkaufspreis für das Päckchen 0,25 Mark.

Die den Bezugsberechtigten zustehenden Mengen sind den einzelnen Geschäften auf Grund der amtlich festgestellten Kundenlisten überwiesen. Jeder eingetragene Kunde hat demnach Anspruch auf die ihm zustehende Menge, nicht der einzelnen Sorten.

Die Waren dürfen erst von Montag, den 17. März ab an die Verbraucher abgegeben werden.

B.

Auf die Zusatzkarten für Kranke in der städtischen Verkaufsstelle Michaelsgasse als mehlhaltiges Nahrungsmittel Haferflocken und Reis.

C.

Auf die Zusatzkarten für Frauen in der städtischen Verkaufsstelle Michaelsgasse auf die Marken für sonstige Lebensmittel 500 Gramm Graupen.

D.

Auf die Zusatzkarten für stillende Mütter in der städtischen Verkaufsstelle Michaelsgasse als mehlhaltiges Nahrungsmittel 250 Gramm Graupen.

E.

Bis auf Weiteres in der städtischen Verkaufsstelle Krämerstraße ohne Marken Gemüsekonserven, Sauerkraut, Salz, Malzzuckerextrakt sowie diverse Nährpräparate und Gewürze.

Die Geschäftsstelle des städtischen Ernährungsausschusses befindet sich in den Räumen des Lebensmittelamtes (altes Gymnasium am Friedhof) 1. Etage und es wird daselbst in der Vormittagsstunde von 11—12 Uhr den Bürgern in allen Ernährungsfragen Auskunft erteilt.

Neuß, den 12. März 1919.

Der Ernährungs-Ausschuß:
Der Oberbürgermeister: J. V.: **Thywissen.**

Bekanntmachung.

Städtischer Lebensmittelverkauf im linksrheinischen Stadtteil Oberkassel-Heerdt für die Zeit vom 8. bis einschl. 14. März 1919
(für Kartoffeln vom 9. bis 15. März 1919).

Es gelangt zur Ausgabe an jede in die Kundenliste eingetragene Person von Donnerstag den 13. März ab:

In den Kartoffelverkaufsstellen:

Da Zufuhren an Kartoffeln fehlen, so wird an diejenigen, die keine Kartoffeln eingekellert haben, anstatt 5 Pfund Kartoffeln je 500 Gramm Graupen, das Pfund zu 44 Pfg., auf Marke 11 der Kartoffelkarte B ausgegeben.

In den Geschäften der Gruppe I:

1. 175 Gramm gem. Zucker, Preis 54 Pfg. für das Pfund. Zuckermarke der 8. Woche.
2. 100 Gramm Weizenmehl, behördliche Zuweisung aus den freigewordenen Beständen der Industrieversorgung (nicht aus Beschlagnahmen), Preis 24 Pfg. für 100 Gramm. Marke 45 des Lebensmittelheftes.

In den Geschäften der Gruppe II:

3. 100 Gramm Suppenmehl, Preis 50 Pfg. für 100 Gramm. Marke 43 des Lebensmittelbezugsheftes.
4. 200 Gramm Kunsthonig, Preis 80 Pfg. das Pfd. Marke 44 des Lebensmittelbezugsheftes.
5. Auf Marke 46 des Lebensmittelbezugsheftes:
   a) eine Dose à ½ Pfund Rindfleisch à 3 Mk. oder b) eine Dose à ½ Pfund Büchsenfleisch, bestehend aus zwei Drittel Rindfleisch und einem Drittel Schweinefleisch. Die Büchse zu 3 Mk. oder c) eine Dose á ½ Pfund Blutwurst à 2.25 Mk. oder d) eine Dose à ½ Pfund Leberwurst à 2.25 Mk.

Es ist eine Anzahl Dosen zu 1 Pfund vorhanden. Diese kosten das Doppelte der vorgenannten Preise.

Wenn eines der Verkaufsgeschäfte den zur Bedienung ihrer Kundschaft erforderlichen Vorrat an Dosen nicht vollständig hat, so wird die erforderliche Menge von Dosen auf Bestellung des Geschäftes beim Lebensmittelamt Bellenplatz 2 in den nächsten Tagen nachgeliefert.

In den Speisefettverkaufsstellen:

6. 50 Gramm Margarine zu 24 Pfg. für 50 Gramm. Speisefettmarke der 8. Woche.

Weiter wird folgendes bestimmt:

1. Zuziehende und vorübergehend Anwesende erhalten dieselben Wochenmengen, wie die übrige Bevölkerung.
2. In den Krankenverkaufsstellen erhalten die Bezugsberechtigten auf Marken für die 11. Woche: Kinder im Alter bis zu 2 Jahren: Weizengries zu 48 Pfg. das Pfund. Kranke mit Bezugsschein für Mühlenfabrikate sowie hoffende und stillende Mütter: Teigwaren, Preis 78 Pfg. das Pfund.

Düsseldorf-Oberkassel, den 11. März 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: **Knopp.**

Bekanntmachung.

Betrifft Selbstversorger.

Die Selbstversorger für Fleisch, Speisefett, Brot, Kartoffeln, Eier usw. haben die ihnen nicht zukommenden Karten bezw. Marken, soweit dieses nicht bei der Empfangnahme der Lebensmittelbezugshefte in der Ausgabestelle bereits geschehen ist, **abzutrennen** und bei dem hiesigen Lebensmittelamt Bellenplatz 2 (Bahnhofsgebäude) bei der Abgabe der Eierkarten unter Angabe des Geschäftes, in dem der Selbstversorger zur Kundenliste angemeldet ist, ungesäumt abzuliefern. Wer eine nicht in seinem rechtmäßigen Besitz befindliche, zum Zwecke der Verteilung von Lebensmitteln oder Gegenständen des täglichen Bedarfs amtlich bestimmte Karte mißbräuchlich benutzt, wird, falls nicht nach sonstigen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Düsseldorf-Oberkassel, den 11. März 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: **Knopp.**

---

18 Stück Riemscheiben (versch. Größen)
1 „ Transportschnecke (ca. 17 m lang)
1 „ Mischschnecken
2 „ Füllschnecken
2 „ konische Zahnräder

sowie einen größeren Posten gutes **trockenes Holz** zu verkauf. Näh. bei **Aug. Busch, Friedrichstr. 35.**

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Landrats mache ich darauf aufmerksam, daß die den Landwirten z. Zt. von den Kreismilchrevisoren zugestellten Revisionsbogen von den Kuhhaltern aufbewahrt werden müssen. Zur genauen Kontrolle des jeweiligen Milchaufkommens müssen die Bogen den Revisoren ohne weiteres vorgelegt werden. Falls Landwirte nicht mehr im Besitze solcher Revisionsbogen sind, kann ihnen, falls sie einwandfrei beweisen können, daß ihnen die ersten Bogen abhanden gekommen sind, beim hiesigen Bürgermeisteramt ein neuer Revisionsbogen ausgestellt werden.

Falls nach dem 1. März cr. bei Landwirten der Revisionsbogen nicht vorgefunden wird, werde ich genötigt sein, mit strengen Maßnahmen gegen sie vorzugehen.

Widdeshoven, den 26. Februar 1919.

Der stellv. Bürgermeister: Dißmann.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 368 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzbuches wird von der unterzeichneten Polizei-Verwaltung angeordnet, daß das Abraupen der Bäume, Sträucher und Hecken, sowie das Verbrennen und Vertilgen der Raupennester und Gespinste bis spätestens 25. März 1919 vorzunehmen ist.

Zuwiderhandelnde werden auf Grund der angeführten Bestimmung des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, außerdem wird das unterlassene Abraupen und Vertilgen der Raupennester auf Kosten der Verpflichteten zwangsweise durchgeführt werden.

Widdeshoven, den 3. März 1919.

Die Polizei-Verwaltung.
Der stellv. Bürgermeister: Dißmann.

Bekanntmachung.

Ich mache hiermit die Einwohner der hiesigen Bürgermeisterei darauf aufmerksam, daß sämtliche Personalausweise mit Ende dieses Monats ihre Gültigkeit verlieren. Laut Befehl des britischen Militärgouverneurs sind die Personalausweise am Schlusse des Zeitraumes von 3 Monaten der Amtsstelle der örtlichen Zivilbehörde zur Verlängerung auf weitere 3 Monate vorzulegen.

Ich fordere hiermit sämtliche Personalausweisinhaber auf, in der Zeit vom 25. März bis einschl. 29. März ds. Js. ihre Personalausweise während der Dienststunden beim hiesigen Bürgermeisteramt zur Abstempelung und Verlängerung vorzulegen.

Widdeshoven, den 5. März 1919.

Der stellv. Bürgermeister: Dißmann.

Als Vertreter des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette in Berlin für die Rheinprovinz und Birkenfeld schließen wir

Anbauverträge für Sommerölfrüchte

ab.

Den Landwirten werden außer den lohnenden Abnahmepreisen folgende Vorteile geboten:

1) für Sommerrübsen, Leindotter, Mohn und Senf **Flächenanlagen** bis zu Mk. 200.— pr. ha.
2) für je abgelieferte 100 kg Gelbsenf eine **Druschprämie** von Mk. 10.—, für je abgelieferte 100 kg Braunsenf eine **Druschprämie** von Mk. 25.—.
3) für jeden angebauten ha Oelsaat werden den Landwirten 80 kg Kunstdünger (**Prämiendünger**) vermittelt.

Saatgut wird zu folgend. Preisen bereitgestellt: Sommerrübsen ein kg Mk. 1,05, Leindotter ein kg Mk. 0,84, Senf ein kg Mk. 0,90, Mohn ein kg Mk. 1,20 zuzügl. Rollgelder u. Transportkosten.

Saatgut kann gegen **Verpflichtungsscheine** durch uns und den Saathandel bezogen werden.

Der Anbau der Sommerölsaat ist lohnend und für die Volksernährung von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir rufen daher die Landwirte auf, sich tatkräftig an dem Anbau von Sommerölsaaten zu beteiligen.

Anfragen jeder Art richte man an die **Handelsgesellschaft ländlicher Genossenschaften G. m. b. H. Coblenz** (Raiffeisenhaus) oder an die bekannten Kreiskommissionäre.

Auch erteilt die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz — Bonn entsprechende Auskunft.

Albert Gustorf,

Neuß, Breitestr. Tel. 103.
Spezialgeschäft für Haus- und Fabrikentwässerungen bis zur fertigen Herstellung.
Prima Referenzen.

Die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz versichert

gegen Schaden durch Brand, Blitzschlag u. Explosion, gegen Mietverlust und Betriebsverlust, welcher durch Brand entsteht,
gegen Verlust durch Einbruchdiebstahl u. Beraubung,
gegen Wasserleitungsschäden,
gegen Schaden an Scheiben, Spiegeln u. s. w. durch Zerbrechen (Glasversicherung).

Zur Entgegennahme von Versicherungsanträgen sowie Erteilung näherer Auskunft empfiehlt sich der Geschäftsf. **Friedrich Boorsch,** Stadtsekretär in Düsseldorf-Heerdt, Wiesenstrasse Nr. 22.

Achtung!

Heute beginne ich mit dem Verkauf von

landwirtschaftlichen Geräten.

W. Hermanns, Cölnerlandstr. 298
(Kurz vor Grimlinghausen).

Habe zwei schöne

Pferde

zu verkaufen.

Heinr. Winter,
Grevenbroich, Rheydterstr. 36.

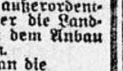
Für Schlachtpferde

zahlt stets die höchsten Preise

Franz Bender, Grevenbroich, Bahnstr. 20.

Telefon 245. — Bei Unglücksfällen schnellste Bedienung per Transportwagen.

Erhalte heute einen frischen Transport



großer und kleiner

Fasel-Schweine.

Heinr. Winter, Grevenbroich,
Kölnerstraße 23.

Zu jedem Gebrauch geeignete

Pferde

zu verkaufen.
Jos. Kalk, Schillerstr. 27.

Kräftiger Arbeitsochse
zu verkaufen
Wwe. H. Stübben,
Kapellen, Silverather St. 5.

Hochtragende Ziege
zu verkaufen. Geschwister Hausmann, Neukirchen.

Vereins-Kalender.

Kath. Arbeiterverein Neuß (Hauptverein). Freitag 7 Uhr auf dem Sekretariat Sitzung der Theaterabteilung, wozu jeder, der sich für das Theaterspiel interessiert, willkommen ist.

St. Matthias-Bruderschaft. Heute nachmittag 2 Uhr Beerdigung der Mitschwester Auguste Bens geb. Frautschi. Sterbehaus Glockhammerstraße.

Gewerk-Verein der Heimarbeiterinnen

Versammlung

Freitag abend 7½ Uhr im Hotel-Restaurant Hermkes, Niederstraße. 1. Etg.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Bunt-Bühnen-Abende

NEUSS,
Hotel Rheinischer Hof.

Bei ermässigten Preisen
à 3.30 und 2.20 Mk.
Sonntag, den 16. März 1919,
½7 Uhr abends:

6 Abonnements-Vorstellungen

mit ersten Solisten der Bühnen Köln, Düsseldorf und Krefeld.

sechs erste Plätze 20 Mark
sechs zweite „ 15 Mark
(einschliesslich Steuer).

Die Bunten Abende

sollen nicht mit anderen Neusser Vorstellungen zusammen fallen. Abonnements-Bewerber mögen sich sofort in der Buchhandlung L. Tinner (Rutz) anmelden.

Ein mittlerer u. schwerer
Arbeitsochse
abzugeben. **Joh. Hirsch,** Nievenheim, Oberstr. 13.

---

3 Monate alter reinrassiger
Airedale-Terrier
(Rüde) Stichelhaar für 130 Mk. zu verkauf. Düchting, Oberkassel, Düsseldorferstr. 4.

Ein Wende- u. Dreischarpflug, 1 Dreischar u. ein neuer Düngerstreuer (Fr.) abzugeben. Clem. Kluth, Neuß III, Kaarsterstr. 33.

---

1 kleines Butterdrehfaß f. 2 Kühe zu kauf. gesucht. Daselbst 2 **Kaninchenställe,** in mehrere Abteilung. eingeteilt, zu verkaufen.
J. Nehnen, Niederstr. 63.

Einige Fuhren
Möhren u. Futterrüb.
(Lanker) hat abzugeben
Rothhausen,
Röckrath Nr. 3.

Mehrere tausend
Bohnenstangen u. Erbsenreiser
hat abzugeben
Johann Nagelschmidt,
Kleinenbroich,
Eikerend Nr. 76.

---

6 Stück neue od. gebrauchte
Mistbeetfenster
zu kaufen gesucht.
Richard Kemperdick,
Marienstr. 67.

---

4 schöne Ulmen
und eine
sehr schöne starke Eiche
zu verkaufen.
Wwe. H. Kaiser,
Holzbüttgen 3. 74.

Büttgen.

Schöne hochst. Süß- und Sauerkirschen sowie starkes Buschobst, Original Rh. Rotklee- u. Orig. Runkelsamen, Rh. Lanker.
Gärtner Schmitz,
Büttgen, am Friedhof.

---

2 m Zimmermann'sche
Saemaschine
2 m Saack'sche
Hackmaschine
beide gut erhalten wegen Neuanschaffung abzugeben
von Meer,
Sittarderhof bei Dekoven.

Möbel.

Kompl. Schlafzimmer und Küchen sowie Einzelmöbel in prima Ausführung zu billigsten Preisen
Hermann Sack,
Tückingstraße 2.

K. K. V. Neuenh.

Tüchtiger Klavierspieler, eventl. kleines Ensemble für einen Vereinsabend gesucht. Auskunft bei
Franz Lang,
Furtherstraße 23.

Unterricht

in
Klavier, Violine, Theorie
erteilt
Franz Stellet,
Schwannstraße 19, 1. Et.

Gut erhaltene
Geige
zu verkaufen.
Pet. Speiter Furtherst. 174

Zweireihige Wiener
Ziehharmonika
zu verkaufen. Peter Helten, Bergheimerstr. 66.

Guterhaltenes
Fahrrad
mit Gummibereifung zu kaufen gesucht. Schorrenberg, Lewstraße 2 a.

Eisenschrott und Metalle, leere Kisten
kauft zu hohen Preisen an
L. Allrath,
Kapellen, Bahnstraße 20.

Auf dem Wege von Barrenstein nach Wevelinghov. Montag abend

Pony

nebst Geschirr abhand. gek. anschein. selbst losgerissen u. entlaufen. Fuchswallach mit Blesse lang. Schweif u. Mähne. Wiederbringer o. wer dient. Ang. machen kann, erh. gute Belohng.
Herm. Schumacher,
Neuß, Breitestr. 78.

Einf. schwarze
Brieftasche
mit Reisepässen u. Inhalt verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben
Helene Stücker,
Cölnerstraße 23.

Auf dem Wege Neustr.—Kanalstr. 50 ℳ verloren. Wiederbr. erhält Belohn.
Maria Ritzerfeld,
Neustraße 26.

Brauner Herren-Lederhandschuh gefunden. Geg. Einrück.-Gebühr abzuholen zwischen 10—2 bei
Frz. Ulrich,
Neuß, Friedrichstr. 44 II.

Regenschirm am Dienstag im Herz-Jesu-Kloster steh. gelass. Geg. Bel. abzugeb.
Noack, Drususstr. 61.

---

10 Mark Belohnung.

Mittwoch 5. cr. **Kondit. Herkenrath Schirm** (glatt. Stock mit sild. Knopf) steh. gelassen. Wiederbr. erhält ob. Belohnung. **Bäckerei Berger,** Büttgerstr. 30.